

**LEITARTIKEL: ABGANG DES MISSBRAUCHSBEAUFTRAGTEN**

## Ackermanns Rücktritt: Ein überfälliger Schritt

Mag sein, dass der Vergleich etwas hinkt. Aber der kirchliche Missbrauchsbeauftragte Stephan Ackermann lief längst Gefahr, dem schlechten Beispiel vieler berühmter Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft oder auch Showgeschäft zu folgen, die den richtigen Zeitpunkt für den Absprung verpasst haben. Keine Frage: Der Trierer Bischof hat den Job als Missbrauchsbeauftragter zu einem Zeitpunkt übernommen, als ihn keiner der deutschen Bischöfe haben wollte und Ackermann selbst als Diözesanbischof noch zu kurz im Amt war, um den ihm angetragenen, ungeliebten Posten ablehnen zu können.

Seitdem saß und sitzt der kirchliche Missbrauchsbeauftragte zwischen allen Stühlen: Die Opfer des jahrzehntelangen Missbrauchs in den Reihen der katholischen Kirche und auch die Öffentlichkeit fordern völlige Transparenz und schonungslose Aufklärung. Viele unter Ackermanns Kollegen treten dagegen trotz mitunter anderslautender Bekundungen beharrlich auf die Bremse und setzen auf den unbedingten Schutz ihrer doch so heiligen katholischen Kirche nebst den sündigen Mitbrüdern.

Das konnte auf Dauer nicht gutgehen, auch wenn sich der Trierer Bischof über Jahre hinweg als Missbrauchsbeauftragter ehrlich bemühte und dabei auch teils ansehnliche Fortschritte in den Themenfeldern Aufarbeitung und Prophylaxe verbuchen konnte.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und ehemalige Trierer Generalvikar Georg Bätzing hat nicht unrecht, wenn er auf die Erfolge des scheidenden Missbrauchsbeauftragten verweist: Die Interventions- und Präventionsordnung der Deutschen Bischofskonferenz und viele weitere Dokumente seien ohne

das beherzte Wirken Ackermanns so nicht denkbar gewesen. Dazu gehört auch die vor vier Jahren veröffentlichte sogenannte MHG-Studie, die das erschreckende Ausmaß des Missbrauchs in der katholischen Kirche, die zahllosen Opfer und die zahlreichen Täter verdeutlicht.

Letztendlich ist aber Stephan Ackermann als Missbrauchsbeauftragter trotzdem gescheitert. Er hat das Beharrungsvermögen und die Reformbereitschaft der katholischen Kirche unterschätzt, unter ihm waren Fortschritte auf dem Gebiet der Missbrauchs-aufklärung eine Schnecke. Selbst zwölf Jahre nach Aufkommen des Skandals und dem Beginn der Aufarbeitung kommen weiter neue, bis dato unter Verschluss gehaltene oder zumindest nicht bekannte Missbrauchsdetails ans Tageslicht. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass vieles nur deshalb bekannt wird, weil es von den kirchlichen Gralshütern nicht mehr geheim gehalten werden kann. Das gilt natürlich auch für das eigene Bistum von Stephan Ackermann. Das zunächst mühsam erarbeitete Vertrauen der Betroffenen hat der kirchliche Missbrauchsbeauftragte in den letzten Jahren nach und nach wieder verspielt, bis es nach zunehmender Kritik an Ackermanns Arbeit zuletzt zusätzlich immer häufiger Rücktrittsforderungen hagelte.

Von daher ist sein jetziger Schritt nur konsequent. Und überfällig.

[r.seydewitz@volksfreund.de](mailto:r.seydewitz@volksfreund.de)



Rolf Seydewitz



KARIKATUR: HARM BENGEN

**ANALYSE** Nordirland, Schottland, Wales: Die jüngsten Abstimmungen zeigen, dass sich immer mehr Menschen von London abwenden. Bröckelt das Vereinigte Königreich?

## Wird Großbritannien zu Kleinengland?

VON BENEDIKT VON IMHOFF

**LONDON** (dpa) Die Wahlergebnisse waren erst wenige Stunden bekannt, da legte die schottische Regierungschefin schon den Finger in die Wunde. „Es wächst das Gefühl, dass das Vereinigte Königreich in seinem derzeitigen Zustand die Bedürfnisse von Schottland, Wales, Nordirland oder vielleicht sogar England nicht angemessen erfüllt“, sagte Nicola Sturgeon. Dass die Galionsfigur der schottischen Unabhängigkeitsbewegung sich die Spitze nicht verkeifen konnte, liegt auf der Hand. Tatsächlich folgen die jüngsten Abstimmungen im Vereinigten Königreich der Tendenz, dass sich immer mehr Menschen von London abwenden. Wird Großbritannien zu Kleinengland?

Beispiel Nordirland: Der kleinste Landesteil erlebte bei der Wahl zum Regionalparlament Historisches. Erstmals stellt mit Sinn Fein eine Partei die meisten Abgeordneten, deren erklärtes Ziel die Wiedervereinigung mit dem EU-Mitglied Republik Irland ist. Bis dahin dürfte es zwar ein weiter Weg sein, nicht nur wegen des fein austarierten Machtgefüges in der ehemaligen Bürgerkriegsregion. Umfragen zufolge sprechen sich derzeit rund 30 Prozent der Nordiren für einen Zusammenschluss mit Irland aus. 2014 waren es lediglich sechs Prozent. Viele vor allem junge Leute sehen seit dem Brexit im EU-Staat Irland bessere Zukunftschancen.

Beispiel Schottland: Die Schotti-

sche Nationalpartei (SNP) von Regierungschefin Sturgeon konnte bei der Kommunalwahl die Zahl ihrer Sitze erneut ausbauen, auch in Unionsbastionen. Für Ende 2023 peilt Sturgeon ein Unabhängigkeitsreferendum an. Die nötige Gesetzgebung wolle sie bald auf den Weg bringen, kündigte sie nach der Kommunalwahl an. Für eine Volksabstimmung ist allerdings die Zustimmung des britischen Premierministers Boris Johnson nötig – der das bisher ablehnt. 2014 votierten die Schotten für den Verbleib in der Union. Sturgeon

### Der Brexit ist vor allem eine englische Angelegenheit.

argumentiert nun, der Brexit habe die Lage verändert, und mit den SNP-Wahlsiegen 2021 und 2022 habe sie ein klares Mandat. Am Ende werden wohl Gerichte entscheiden.

Bleibt Wales. Im Gegensatz zu Nordirland und Schottland stimmte hier eine Mehrheit 2016 für den Brexit. Doch die Umsetzung hat viele abgeschreckt. Unterstützten 2014 nur fünf Prozent eine Unabhängigkeit, sind es derzeit bis zu 30 Prozent. Bei den Kommunalwahlen zählten die Grünen, die für die Unabhängigkeit eintreten, zu den Gewinnern. Immer mehr Menschen identifizieren sich zudem als Waliser, wie der Politologe Richard Wyn Jones herausgefunden hat. Ihre Zahl stieg seit dem Brexit-

Votum von 24 auf 30 Prozent. Die Zahl derer, die sich als Briten und Waliser sehen, sank indes von 27 auf 19 Prozent.

Es sei deutlich geworden, dass der Brexit ein nationales Projekt sei, um ein bestimmtes Verständnis der Vergangenheit einer Nation sowie einer möglichen Zukunft zu verankern und voranzutreiben, schrieb Jones. Sprich: Der Brexit ist vor allem eine englische Angelegenheit.

Niemand im Vereinigten Königreich steht so für den EU-Ausstieg wie Premier Johnson. Auch deshalb wird der 57-Jährige in weiten Teilen des Landes gehasst. Seine Konservativen wurden in Schottland und Wales, aber auch in London von den Wählern abgestraft und verloren etliche Sitze. Johnsons Hochburg ist das ländliche England. Der frühere Tory-Generalsekretär Chris Patten urteilte über seine eigene Partei: „Ein Teil hat sich in einen englischen, nationalistischen, populistischen, johnsonianischen Kult verwandelt.“

Doch reicht das, um das Vereinigte Königreich mittelfristig zu zerreißen? Die politischen Bedingungen in Nordirland sind eine Hürde für ein Grenzreferendum. Viele Schotten haben Angst, die Unabhängigkeit werde zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen. In Wales schließlich regiert ungefährdet die pro-britische Labour-Partei, die es geschafft hat, Nationalismus und Unionismus miteinander zu verbinden. Doch Tendenzen sind zu erkennen.

**NACHGEDACHT**

## Inflation falscher Nazi-Vergleiche

Anlässlich des 77. Jahrestag des Kriegsendes häuften sich die Nazi-Vergleiche. Wladimir Putin wiederholte zum x-ten Mal, dass es beim russischen Überfall auf die Ukraine darum gehe, das Nachbarland von „Nazis“ zu befreien. Im Gegenzug warf der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dem Kreml-Chef vor, Hitler zu kopieren. Der inflationäre Gebrauch des Wortes „Nazi“ führt nicht nur zu nichts, es verharmlost vor allen Dingen auch den realen Nationalsozialismus.

Für den Begriff „Nationalsozialismus“ oder „Nazis“ sind die Namensrechte im übrigen vergeben: Nach Deutschland. Er war eine deutsche Vernichtungsideologie gegen alle Juden. Ein deutscher völkischer Wahn, der Kriege und ethnische Vertreibungen auslöste und Massenmorde rechtfertigte: An den slawischen Völkern, an Behinderten, Sinti und Roma, Homosexuellen, politischen Gegnern und vielen anderen. Das ist historisch einmalig.

Was Putins Klassifizierung der Ukraine als „Nazi“ angeht, so ist die Verdrehung offensichtlich und auch Absicht. Hier soll der Gegner von heute zum Teufel von damals gemacht werden, das Opfer zum Täter. Nichts von dem, was den Nationalsozialismus ausgemacht hat, ist in der Ukraine zu erkennen. Selbst die ukrainischen Nationalisten sind keine Nazis und sowieso nur eine kleine Minderheit.

Bleibt die Frage, wie seinerseits nun Putin zu bezeichnen wäre. Selenskyjs Nazivergleich hinkt ebenfalls, obwohl es natürlich einzelne Parallelen im Vorgehen des Kreml gibt, etwa der Überfall auf ein friedliches Nachbarland oder das Billigen willkürlicher Morde. Für russische Verbrechen existiert bisher nur ein Vorbild: der „Stalinismus“. Also eine spezielle Form von Staatsverbrechen, die an den Namen eines Diktators gebunden war und sich vor allem gegen die eigene Bevölkerung (nicht zuletzt der Ukraine) richtete. Bisher ist die Zahl der Gräueltaten, die Putin zu verantworten hat, mit denen Stalins noch nicht zu vergleichen. Aber dass der russische Präsident hart daran arbeitet, seinen Namen ähnlich negativ in den Geschichtsbüchern zu verankern, das ist nicht zu übersehen.



WERNER KOLHOFF

**Produktion dieser Seite:**  
Iris Neu-Michalik, Michaela Heinze  
Peter Bylda

**GLOSSE**

## Fake News im Spiegel

VON PIA ROLFS

Moderne, aufgeklärte Menschen tun gut daran, grundsätzlich alles zu hinterfragen. Schließlich ist die Täuschung gerade mit Bildern oft sehr ausgereift, wie Fake News mit russischer Propaganda zeigen. Also Augen auf!

Verdächtig viele Menschen sehen beispielsweise Falschinformationen beim Spiegel. Nein, nicht bei dem deutschen Nachrichtenmagazin. Sondern bei diesem Einrichtungsgesamtheit im Badezimmer. Der gibt nämlich vor, genau den Menschen zu zeigen, der angeblich davorsteht.

Aber das kann nicht sein.

Vermutlich sind nämlich russische Hacker am Werk gewesen – wenn das überhaupt reicht. Denn das Gesicht, das da dem Betreffenden entgegenblickt, sieht deutlich älter und müder aus, als er sich tatsächlich fühlt. Das kann unmöglich mit rechten Dingen zugehen.

Die Verschwörung zieht sogar noch weitere Kreise. So zeigen Selfies ähnliche Gesichter wie der Spiegel – ein abgekartetes Spiel. Selbst Mitmenschen antworten nur ausweichend auf die Frage: „Sehe ich wirklich so aus?“ Und kleinlaut werden sie erst, wenn man ihnen den Spiegel vorhält.

## Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:  
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH  
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,  
Pf 3770, 54227 Trier  
Leser-Service 06 51/71 99-0  
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90  
Abo-Service 06 51/71 99-998  
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78  
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999  
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90  
Internetadresse: [www.volksfreund.de](http://www.volksfreund.de)  
E-Mail Redaktion: [redaktion@volksfreund.de](mailto:redaktion@volksfreund.de)  
E-Mail Verlag: [kontakt@volksfreund.de](mailto:kontakt@volksfreund.de)

Geschäftsführer:  
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:  
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas Roth  
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)  
Digitaldesk: Johanna Heckelej  
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:  
Birgit Markwitan (Magazine)  
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert,  
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH  
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 43,55 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 48,20 Euro. Ausland monatlich 70,10 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.

Eine Abbestellung des Abonnements ist, vorbehaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis zum 10. des Monats zum Monatsende möglich. Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail, Brief) erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1. Januar 2022. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:  
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15

**RÜCKBLENDE**

**Was geschah am 13. Mai?**

**2021** Im Berliner Finale des DFB-Pokals besiegt Borussia Dortmund RB Leipzig mit 4:1. Es ist der fünfte Titelgewinn des Revierclubs. Das Spiel findet wegen der Corona-Pandemie vor leeren Rängen statt.

**2000** Die Explosion einer Feuerwerksfabrik legt ein Wohngebiet im niederländischen Enschede in Trümmer. 22 Menschen sterben, etwa 1000 werden verletzt.

**1997** Nach mehr als fünf Jahrzehnten Suche wird ein erstes Teilstück des legendären Bernsteinzimmers gefunden. Die Polizei beschlagnahmt in Bremen ein Steinmosaik aus dem Prunkkabinett des Zaren Schlosses in St. Petersburg.

**1992** Das Europäische Patentamt in München erteilt erstmals ein Patent für ein gentechnisch verändertes Tier. Der so genannten „Krebsmaus“



FOTO DPA

**Haustrücker und Autowracks: Im niederländischen Enschede ist 2000 eine Feuerwerksfabrik explodiert.**

wurde ein menschliches Krebsgen in die Erbsubstanz eingeschleust.

**1987** Lokomotive Leipzig verliert das Endspiel im Fußball-Europapokal der Pokalsieger in Athen gegen Ajax Amsterdam mit 0:1.

**1972** In Osaka brennen mehrere

Stockwerke eines Kaufhauses völlig aus; bei diesem durch Fahrlässigkeit eines Handwerkers verursachten Feuer kommen 118 Menschen ums Leben.

**1927** An der Berliner Börse ereignet sich ein „Schwarzer Freitag“. Die Kurse brechen um ein Drittel ein und bringen Hunderte Anleger um ihr Vermögen.

**1897** Der Italiener Guglielmo Marconi stellt die erste drahtlose Nachrichtenverbindung her. Sie geht über 5,3 km von der britischen Insel Flat Holm nach Lavernock Point (Wales).

**GEBURTSTAGE**

**1992** Julia Engelmann (30), deutsche Schauspielerin, Musikerin und Poetry-Slam-Star (RTL-Soap „Alles was zählt“, Album „Poesiealbum“).

**1957** Carrie Lam (65), chinesische Politikerin, Regierungschefin der

chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong seit 2017.

**1922** Otl Aicher, deutscher Designer und Grafiker, Gestaltungsbeauftragter der Olympischen Spiele in München 1968-1972, Entwickler des Piktogramme-Systems, gest. 1991.

**1907** Daphne du Maurier, britische Schriftstellerin („Rebecca“, „Die Vögel“), gest. 1989.

**1792** Papst Pius IX., Papst 1846-1878, mit seinem 32-jährigen Pontifikat der am längsten amtierende Papst der Kirchengeschichte, gest. 1878.

**TODESTAGE**

**2020** Rolf Hochhuth, deutscher Dramatiker und Schriftsteller („Der Stellvertreter“), geb. 1931.

**1972** Dan Blocker, US-Schauspieler (Rolle des Hoss Cartwright in der Westernserie „Bonanza“), geb. 1928.